

Forderungen der Landrätekonferenz an die Landesregierung zum Breitbandausbau in Baden-Württemberg

- Beschlussfassung vom 4. Mai 2017, Landrätekonferenz des Landkreistags Baden-Württemberg
in Donaueschingen -

1. Landkreise setzen sich im Verbund mit den Gemeinden für den Breitbandausbau ein

Die Landrätekonferenz unterstreicht die Bedeutung des Breitbandausbaus als eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Es wird auf die vielfältigen Aktivitäten der Landkreise für einen möglichst flächendeckenden Breitbandausbau in Baden-Württemberg hingewiesen.

2. Verlässliche und kontinuierliche Förderung des Breitbandausbaus – Einbeziehung urbaner Räume

Die Landrätekonferenz betont, dass die Fortsetzung der Förderung des Breitbandausbaus in Baden-Württemberg von größter Bedeutung ist. Dabei muss angesichts der großen kommunalen Investitionen für den Breitbandausbau ein Förderkonzept entstehen, das auf Verlässlichkeit und Kontinuität setzt. Haushaltszwänge des Landes dürfen nicht dazu führen, dass der Breitbandausbau ins Stocken kommt. Das Land muss deshalb ausreichend Fördermittel komplementär zur Bundesförderung bereitstellen. Dabei muss künftig auch eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten für die urbanen Verdichtungsräume in der Förderkulisse erfolgen.

3. Land muss Fördermittel an Bedarf anpassen und beträchtlich erhöhen – 1 Mrd. Euro für 4 Jahre

Im Hinblick auf die bisher im Landeshaushalt eingestellten Fördermittel und unter Würdigung des Ausbaubedarfs und der potenziellen Förderbedarfe fordert die Landrätekonferenz das Land auf, für die nächsten 4 Jahre insgesamt mindestens 1. Mrd. Euro für die Förderung des Breitbandausbaus zur Verfügung zu stellen (mindestens 250 Millionen Euro jährlich).

4. Schulterchluss zwischen Land und Kommunen beibehalten

Da Investitionen der Städte, Gemeinden und Landkreise integraler Bestandteil des Ausbaus des schnellen Internets in Baden-Württemberg bleiben werden, geht die Landrätekonferenz davon aus, dass das Land den Schulterchluss mit der kommunalen Seite beibehalten wird. Das Innenministerium wird aufgefordert, die angedachten Eckpunkte einer neuen Breitbandförderung baldmöglichst mit der kommunalen Seite abzustimmen.